

Nr.: bitte **nichts** eintragen

Volksinitiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ



Mit meiner Unterschrift fordere ich:

Senat und Bürgerschaft unternehmen unverzüglich alle notwendigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Begründung:

- Die jetzigen Netzbetreiber Vattenfall und Eon verdienen vor allem am gefährlichen Atom- und Kohlestrom und durch Preistreiberei – zu Lasten von Verbrauchern und Klimaschutz.
- Hamburg braucht eine konzernunabhängige Energieversorgung für eine öffentliche Daseinsvorsorge und für einen energiepolitischen Wandel. Die Verfügung über die Netze ist hierfür Voraussetzung.
- Ein dem Gemeinwohl verpflichteter Netzbetreiber bietet, anders als ein profitorientierter internationaler Konzern, sichere und innovative Arbeitsplätze.
- Bis Ende 2012 muss der Senat entscheiden, ob Hamburg die Netze in städtische Regie übernimmt. Die Übernahme ist finanzierbar, andere Städte machen es erfolgreich vor. Der Volksentscheid hierzu würde parallel zur nächsten Bürgerschaftswahl Anfang 2012 stattfinden.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zur Vorlage zu oben genanntem Gegenstand der politischen Willensbildung. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf der Vorlage im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Bitte unterschreiben Sie, wenn Sie in Hamburg wohnen und wahlberechtigt sind. * notwendig für Gültigkeit ** günstig für eindeutige Identifizierung durch das Amt

Lfd. Nr.	* Name, Vorname	Straße, Hausnr. (Hauptwohnsitz) **	PLZ **	Ort	Geb.-jahr **	* Datum d. Unterschrift	* Unterschrift	amtl. Verm.
1								
2								
3								
4								
5								

Vertrauenspersonen: Günter Hörmann (Verbraucherzentrale HH), Theo Christiansen (Diakonie u. Bildung Ev.-Luth. Kirchenkreis HH-Ost), Manfred Braasch (BUND HH).

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 5. Juli 2010. **Hinweise:** Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftenlisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unterschreiben. Fehlt einer dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Eintragungsverzeichnisses eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungsberechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 34 Absatz 5 des Hamburgischen Meldegesetzes eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftenliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt. Jeweils zwei der Vertrauenspersonen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben: 1. Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 VAbstG), 2. sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 3 Satz 1 VAbstG), 3. sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG). Jede der Vertrauenspersonen ist berechtigt, für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, 1. dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG), 2. ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

Bitte senden Sie diese Eintragungslisten umgehend, spätestens bis Montag, 16. August 2010, an:
Unser Hamburg – Unser Netz, c/o BUND Hamburg, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg

UNSER HAMBURG – UNSER NETZ
www.unser-netz-hamburg.de
040 – 600 387 -17

Unser Hamburg Unser Netz Energiewende Jetzt!



Ein wichtiges Instrument für den Ausbau der Erneuerbaren Energie und für mehr Klimaschutz sind die Versorgungsnetze für Strom, Fernwärme und Gas. Doch noch befinden sich diese Netze in der Hand der Energiekonzerne Vattenfall und E.on.

Wir wollen erreichen, dass Hamburg diese Netze wieder in die öffentliche Hand übernimmt! Bis Ende 2012 hat der Hamburger Senat die Möglichkeit, die Konzessionsverträge mit Vattenfall und E.on zu kündigen. Und eben dazu können wir Hamburger und Hamburgerinnen ihn per Volksentscheid verbindlich verpflichten.

Die Rekommunalisierung der Netze ist für uns eine zentrale Voraussetzung, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und sie einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.

Für den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen die Netze konsequent zu so genannten *smart grids* (intelligenten Netzen) und zu dezentralen Versorgungsstrukturen umgebaut werden. Daran haben Vattenfall und E.on kein Interesse, denn das würde die großen Kohle- und Atomkraftwerke überflüssig machen, mit denen sie viel Geld verdienen. Deshalb haben sie in den letzten Jahren so gut wie nicht in die Netze investiert.

Die Energieversorgung ist für die Menschen von existenzieller Bedeutung und gehört in den zentralen Bereich der Daseinsvorsorge. Wie die Grundsicherung, der Zugang zu Bildung oder zur Gesundheitsversorgung gehört die Energieversorgung deshalb nicht in die Hände von Konzernen.

Wir wollen mehr gesellschaftliche Kontrolle statt höhere Gewinne für die Aktionäre von Konzernen. Bis heute nutzen diese Energiekonzerne ihre Marktmacht bei der Stromerzeugung und den Netzen, um von den VerbraucherInnen überhöhte Preise für Strom, Gas und Fernwärme zu verlangen.

Wie hoch die Kosten für diese Netz-Übernahme sein werden, ist schwer zu schätzen. Derzeit lässt der Senat ein Gutachten darüber erstellen. Klar ist aber, dass man dem Kaufpreis die festen Einnahmen aus den Durchleitungsgebühren, die dann der Stadt zu gute kommen, gegenüber stellen muss. Schon viele Städte und Kommunen in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren entschieden, die Netze wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen!

Wir wissen, dass die Rekommunalisierung für die Beschäftigten der Netzbetreiber Verunsicherung schafft. Wir wollen, dass die Beschäftigten nach dem Wechsel zum öffentlichen Arbeitgeber mindestens gleiche Bedingungen haben und dass die Arbeitsplätze insgesamt gesichert werden.

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung: Wir müssen die Voraussetzungen für die Energiewende schnell schaffen, für das endgültige Aus der gefährlichen Atomenergie und der klimaschädlichen Kohlekraft. Die viel zu hohen CO₂-Emissionen der Industrieländer führen schon heute in vielen Ländern des Südens zu großen Umweltschäden und Armut! Aber auch für uns hier, für junge und zukünftige Generationen, geht es dabei um Lebensgrundlagen.

Mit der Übernahme der Energienetze haben wir Hamburgerinnen und Hamburger deutlich mehr Möglichkeiten, die Energiepolitik der Hansestadt bestimmend zu gestalten. Deshalb starten wir jetzt diese Volksinitiative!

Initiatoren der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ sind: Attac Hamburg, BUND Hamburg, Diakonie und Bildung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost, Initiative Moorburgtrasse stoppen, ROBIN WOOD, Verbraucherzentrale Hamburg.

Kontakt: Unser Hamburg – Unser Netz, c/o BUND Hamburg, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg, Telefon: 040-600 387 -17, Fax: 040-600 387 -20; info@unser-netz-hamburg.de